

**Pressestelle
des Verwaltungsgerichts
des Saarlandes**



66740 Saarlouis, 31.03.2022

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116

Herr Haus 06831 – 447-168

Telefax: 06831 – 447-163

Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau April 2022

Verwaltungsgericht des Saarlandes

Die Liste gibt einen vorläufigen Überblick - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - über die öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichts. Sie ist - gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminänderungen - auf der Homepage des Verwaltungsgerichts unter www.vgds.saarland.de nachzulesen.

01.04.2022	Sitzungssaal I
<p>09:15 Uhr 6 K 1937/19 F. - RA'e Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>11.00 Uhr 6 K 167/20 S. u. a. - RA'in Nowall - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen iranischer Staatsangehöriger.</p>	

06.04.2022	Sitzungssaal I
<p>09:15 Uhr 5 K 1511/20 T. - RAe A W K Alexander, Welter & Kollgen - ./.. Gemeinde Beckingen</p> <p>Der Kläger begehrt mit seiner Klage den Erlass verkehrsrechtlicher Anordnungen (Aufstellen entsprechender Verkehrszeichen bzw. Vornahme ähnlicher Maßnahmen, um die Parksituation in einer Straße im Wohngebiet zu regeln)</p>	

10:00 Uhr

5 K 804/20

M. - RA Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky./.. Kreisstadt Homburg – UBA –

Die Klägerin begehrt die schriftliche Bestätigung bzw. die Feststellung, dass die von ihr beantragte Genehmigung zur Nutzungsänderung von einem Einzelhandelsbetrieb „Tiernahrung“ in einen Einzelhandelsbetrieb „Textilien“ als erteilt gilt, hilfsweise die Verpflichtung der Beklagten zur Erteilung der Baugenehmigung. Die beklagte Kreisstadt ist der Ansicht, dass die Klägerin die Bauvorlagen nicht vollständig vorgelegt hat und dem Vorhaben eine Veränderungssperre entgegensteht. Gegen die Veränderungssperre hat die Klägerin vor dem OVG des Saarlandes einen Normenkontrollantrag gestellt, der mit Urteil vom 27.01.2022, 2 C 113/21, zurückgewiesen wurde.

11.00 Uhr

5 K 1130/20

G. – RAe Rapräger./.. Landkreis Saarlouis- Bauaufsichtsamt,
beigel. K. – RA'in Brehm

Die Klägerin wendet sich mit Ihrer Klage gegen einen der Beigeladenen unter Ersetzung ihres Einvernehmens gemäß § 36 BauGB erteilten Vorbescheid für den Neubau von zwei PKW-Garagen.

12.00 Uhr

5 K 1008/19

D. – Rae Wittemann, Sandrock und Dr. Linke ./.. Ministerium f. Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr

beigeladen: A. – Rae Rolling & Partner

Die Klägerin ficht eine personenbeförderungsrechtliche Entscheidung an, mit der ihr Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für die Linienverkehre im Linienbündel 1 – 3 im Landkreis Merzig-Wadern abgelehnt wurde und begehrt eine Neubescheidung.

12.00 Uhr

5 K 1023/20

D – RAe Wittemann, Sandrock und Dr. Linke ./.. Ministerium f. Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr

beigeladen: A. – Rae Rolling & Partner

Die Klägerin wendet sich gegen die der Beigeladenen erteilte personenbeförderungsrechtliche Linienverkehrsgenehmigung für das Linienbündel 1 – 3 im Landkreis Merzig-Wadern und begehrt die Verpflichtung des beklagten Ministeriums, über ihren Genehmigungsantrag unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu entscheiden.

08.04.2022**Sitzungssaal I****09.15 Uhr**

6 K 244/20

G. – RA Bienko ./.. Landesverwaltungsamt– Zentrale Ausländerbehörde -

Die Kläger sind belgische Staatsangehörige. Sie wenden sich gegen die Feststellung der Beklagten, dass sie ihr Recht auf Einreise und Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verloren haben.

11.04.2022	Sitzungssaal I
<p>09.15 Uhr 6 K 66/20 B. - RA'in Nowall - ./.. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde –</p> <p>Der Kläger, ein ghanesischer Staatsangehöriger, begehrt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug. Streitig ist die Frage, ob der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die fehlende Durchführung des Visumverfahrens entgegensteht.</p>	

11.04.2022	Sitzungssaal II
<p>09:00 Uhr 3 K 899/21 B. ./.. Landrat des Saarpfalz-Kreises – Kreisjugendamt -</p> <p>Die Klägerin begehrt von dem Beklagten die Einsichtnahme in die zu ihrer minderjährigen Tochter, die seit rund 10 Jahren bei ihren Großeltern in Vollzeitpflege nach § 27 i. V. m. § 33 SGB VIII lebt, geführten Akten.</p>	

14.04.2022	Sitzungssaal I
<p>09:00 Uhr 6 K 609/20 B. – Rae Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>09.30 Uhr 6 K 703/20 A. – Rae Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen iranischer Staatsangehöriger.</p>	

26.04.2022	Sitzungssaal I
<p>09.15 Uhr 6 K 529/20 A. – Rae Dr. Heimes & Müller - ./.. BRD</p> <p>Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen einen Kostenbescheid für die technische Hilfeleistung durch das THW bei der Bergung eines verunfallten LKW's. Der Kläger macht geltend, dass es für seine Inanspruchnahme keine Rechtsgrundlage gebe. Eine Beauftragung des THW durch ihn in eigenem Namen sei nicht erfolgt. Er sei als Havariekommissar zu dem Unfallereignis herangezogen worden. Als solcher hafte er nicht für die Einsatzkosten des THW.</p>	

10.00 Uhr

6 K 140/20

N. – RA'in Nowall - ./.. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde

Der Kläger, ein staatenloser Palästinenser aus dem Gazastreifen, reiste 2016 in die Bundesrepublik Deutschland ein und betrieb hier erfolglos ein Asylverfahren. Mit seiner Klage begehrt er die Ausstellung eines Staatenlosenausweises und die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland. Er beruft sich darauf, dass eine Abschiebung nicht möglich sei.

10.45 Uhr

6 K 157/20

C. – RA Lafontaine ./.. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde

Der Kläger, ein marokkanischer Staatsangehöriger, ist illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Mit seiner Klage begehrt er die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug. Streitig ist die Frage, ob dem Kläger die Nachholung des grundsätzlich erforderlichen Visumverfahrens zumutbar ist.

27.04.2022**Sitzungssaal I****09.15 Uhr**

5 K 1541/20

S. – RA Thönes - ./.. Gemeinde Riegelsberg

Der Kläger begehrt von der beklagten Gemeinde Maßnahmen zur nachhaltigen Verkehrsberuhigung in einem verkehrsberuhigten Bereich.

10.00 Uhr

5 K 1393/20

G. – RA Bittner - ./.. Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz, Natur- und Umweltschutz

Der Kläger ficht mit seiner Klage eine nachträgliche Anordnung des Beklagten an, mit der ihm verschiedene Auflagen während des Schießbetriebes auf dem 25 m – Schießstand erteilt wurden.

10.00 Uhr

5 K 1932/20

S. – RA Lafontaine ./.. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Aufhebung einer nachträglichen Anordnung des Beklagten, mit der ihm verschiedene Auflagen während des Schießbetriebes auf dem 25 m – und 50 m – Schießstand erteilt wurden (z. B. Kaliber, Schusszahl).

11.00 Uhr

5 K 1521/20

A.- RAe Thimmel & Partner ./.. Landesamt für Verbraucherschutz

Die Klägerin wendet sich mit ihrer Klage gegen die tierschutzrechtliche Anordnung des Beklagten, mit der ihr u. a. die Haltung und Betreuung von Tieren aller Art mit sofortiger Wirkung untersagt und sie zur Duldung der Wegnahme verpflichtet worden ist.

12.00 Uhr

5 K 1105/20

H.-RAe Metz, Lang & Kollegen ./.. Vereinigung der Jäger des Saarlandes

Der Kläger begehrt die Aufhebung des Bescheids der Beklagten, mit der die von ihm abgelegte Jägerprüfung als nicht erfolgt angesehen wurde.

28.04.2022

Sitzungssaal I

10.00 Uhr

1 K 686/20

R.-RA Schillo ./.. Land Saarland – vertr.d.d. Ministerium der Justiz

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen eine ihn betreffende Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Saarbrücken und begehrt die Feststellung deren Rechtswidrigkeit.

29.04.2022

Sitzungssaal I

09.00 Uhr

3 K 922/20

S. – RA Loch ./.. Universität des Saarlandes Dezernat Lehre und Studium

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Gewährung von Ausbildungsförderung für sein im Wintersemester 2019/20 aufgenommenes Studium.

10.30 Uhr

3 K 1529/20

B. – RA Ruppert - ./.. Studentenwerk Saarland e.V.

Die Klägerin begehrt die Gewährung von Ausbildungsförderung für ihr Studium für den Zeitraum Oktober 2019 bis September 2020.

11.30 Uhr

3 K 758/20

S. ./.. Landrat des Saarpfalz-Kreises - Wohngeldstelle

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage die Gewährung von Wohngeld.

Verantwortlich: Christoph Schmit